

Materialien zur Geschichte jüdischer Unternehmer in Österreich-Ungarn

Auszüge aus Lind, Geschichte der Juden in Österreich, Wien 2006

Barbara Staudinger, Die Zeit der Landjuden und der Wiener Judenstadt 1496-1670/71, Wien 2006

Sandgruber, Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Wien 1995

Abb. 2008-4/039

Österreichische Geschichte

Hrsg. von Herwig Wolfram

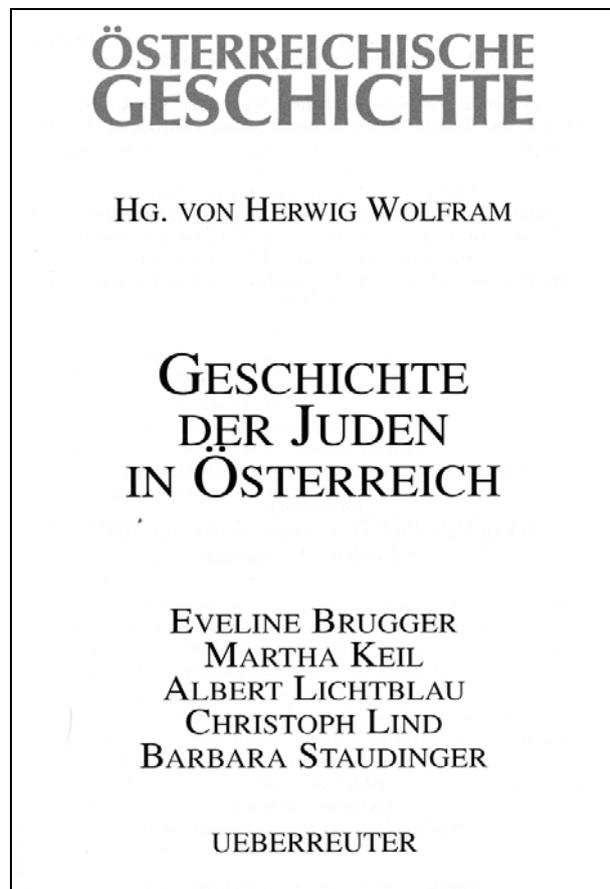
Eveline Brugger, Artha Keil, Albert Lichtblau, Christoph Lind, Barbara Staudinger

Geschichte der Juden in Österreich

Barbara Staudinger, [...] Die Vertreibung der Juden aus Wien und Niederösterreich 1669-1671 [...], S. 330 ff.

Christoph Lind, Juden in den habsburgischen Ländern 1670-1848, S. 339 ff.

Verlag Ueberreuter, Wien 2006, 728 Seiten



SG: Zum Abdruck:

Soweit bisher bekannt war das Unternehmen S. Reich & Co. das einzige im Bereich der Glasindustrie, das von jüdischen Unternehmern aus kleinsten Anfängen von 1813 bis 1934 aufgebaut und geführt wurde. Alle anderen gleichrangigen Unternehmer Josef Inwald, Josef Riedel, Josef Schreiber & Neffen und Carl Stölzle's Söhne waren keine Juden. Sie hatten nicht mit den vielen Einschränkungen, Schikanen, Vertreibungen und Hinrichtungen der Habsburger Kaiser und mit dem Sozialneid und den Pogromen ihrer christlichen Untertanen zu kämpfen, wie die Reichs und ihre Glaubensgenossen. Man muss staunen und bewundern, wie es der

Familie Reich gelang, auf der Basis einer Gastwirtschaft in einem winzigen süd-mährischen Dorf ein Unternehmen aufzubauen, das um 1900 fast weltweit agieren konnte. Auszüge aus einer eigenen Chronologie des Unternehmens sollen deshalb in der Pressglas-Korrespondenz zusammen mit Auszügen aus dem 14-bändigen Werk Österreichische Geschichte mit Beiträgen zur Wirtschaftsgeschichte und zur Geschichte der Juden in der Monarchie Österreich-Ungarn dokumentiert werden.

Abb. 2008-4/040

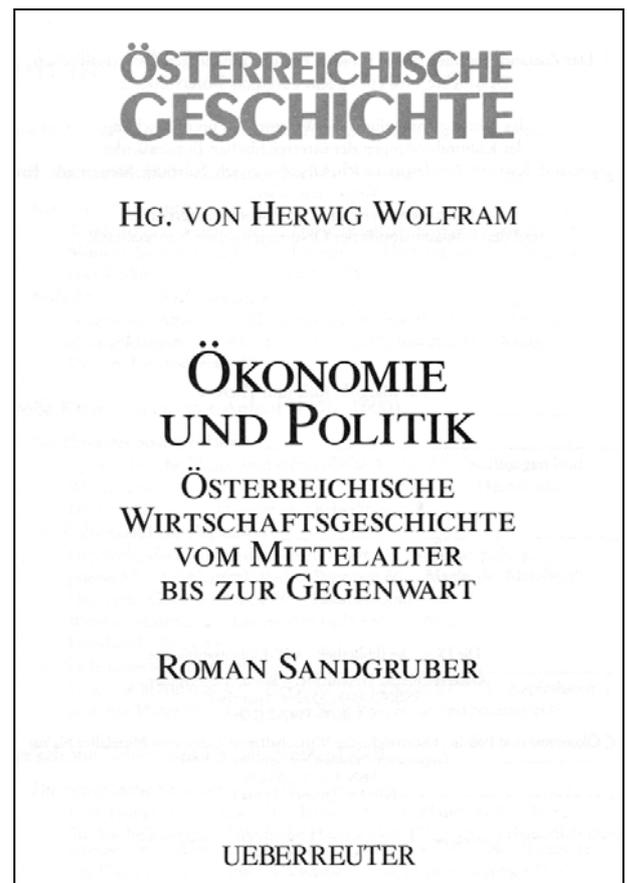
Österreichische Geschichte

Hrsg. von Herwig Wolfram

Roman Sandgruber, Ökonomie und Politik

Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart [Band 10]

Verlag Ueberreuter, Wien 1995, 669 Seiten



Roman Sandgruber, Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Im Zeichen des „Frühkapitalismus“
[S. 95, 121 f., 136 f., 146 f., 218 f., 255]

Trotz der Bedeutung des durch Österreich ziehenden Fernhandels kam es nicht zur Ausbildung wirklich großer Vermögen und zum Aufstieg international einflussreicher Kapitalisten. Die Bedeutung des Transits brachte es wohl mit sich, dass fremde Handelsleute, vor allem die aus den oberdeutschen und oberitalienischen Städten kommenden Fernhändler [Fugger, Welser ...], stets eine starke Stellung im Lande hatten.

Im 14. Jahrhundert gehörten, soweit schriftliche Unterlagen verfügbar sind, die Schuldner vorwiegend dem hohen und niederen Adel an, die **Gläubiger zu einem wesentlichen Teil dem Judentum**. Seit dem letzten Jahrzehnt des 14. Jahrhunderts **schied die Juden als Geldgeber des Adels weitgehend aus. Sie wurden immer mehr aus den großen Geldgeschäften in das kleine Geld- und Pfandleihgeschäft abgedrängt**, das bereits im 14. Jahrhundert stark zugenommen hatte und im 15. Jahrhundert den **Hauptteil der Einkommen vieler Juden** bildete. Bizarre Anschuldigungen boten den Anlass für die **Vertreibung der Juden** aus dem Donauraum im Jahre **1420**. Die Wiener jüdische Gemeinde, die etwa 500 Mitglieder umfasste und unter dem Schutz des Landesherrn stand, wurde 1420/21 praktisch ausgerottet. 300 von ihnen wurden in Erdberg verbrannt, ein Teil hatte nach **Mähren und Ungarn (Burgenland) flüchten** können. 1444 wurden die Juden aus Feldkirch vertrieben. Kaiser Maximilian I. veranlasste 1496 die Ausweisung sämtlicher Juden „auf ewige Zeiten“ aus ganz Innerösterreich. [Sandgruber 1995, S. 95]

Nach dem Niedergang der oberdeutschen Handelshäuser [Fugger, Welser ...] musste sich **Kaiser Leopold I.** [reg. 1658-1705] nach neuen Geldgebern umsehen. Neben einzelnen einheimischen Kapitalisten und den Ständen traten **italienische Bankhäuser** in den Vordergrund, die Garibaldi, Joaneli, Pestalozzi und Bartholotti. Im ausgehenden 17. Jahrhundert konnten die **Hofjuden** immer mehr Einfluss gewinnen. **Samuel Oppenheimer** konnte sich von den 1670-er Jahren bis zu seinem Tod im Jahre **1703** in der Versorgung und Finanzierung der gegen Frankreich und die Osmanen kämpfenden kaiserlichen Heere fast eine Monopol-Position schaffen. Ihm folgten Simson und Wolf Wertheimer, Lemle Moses, Emanuel Oppenheimer, Marx Schlesinger, Isaac Arnsteiner, Marx Hirschl und Löw Sinzheim. In der Frühzeit von **Kaiserin Maria Theresia** machte Diego de Aguilar (Moses Lopes de Pereira) seine Karriere und in der zweiten Jahrhunderthälfte Abraham Wetzlar (1715/16-1799), der als von Plankenstern nobilitiert und als einer der Mäzene Mozarts bekannt wurde. Für alle diese Geschäftsleute gilt, dass ihre Geschäftstätigkeit aus der **Verquickung von Waren- und Kreditgeschäften** erwuchs. Der Finanzbedarf der Staatsverwaltung und der Luxuskonsum des Hofes und Hochadels gaben Gelegenheit zu ertragreichen Waren- und Kreditgeschäften.

Die der Hofkammer von den **jüdischen Hoffinanciers** von 1698 bis 1739 gewährten Vorschüsse wurden mit

mindestens 78 Millionen Gulden angegeben, also im Durchschnitt rund 2 Millionen Gulden jährlich, was ungefähr einem Zehntel der gesamten Staatseinnahmen (Camerale plus Contributionale) entsprach. Die Summen, die Samuel Oppenheimer dem Kaiser beschaffte, waren enorm: allein in den Jahren 1701 bis 1703, vom Beginn des Erbfolgekrieges bis zum Tod Oppenheimers, über 8 Millionen Gulden. Nach dem Tod Oppenheimers drohte der **Bankrott der Oppenheimerschen Erben** und mit der Einforderung aller Schulden auch der **Staatsbankrott**. Als Ausweg wurde nach venezianischem Vorbild Österreichs erste Bank, der **Banco del Giro**, gegründet, ein Experiment, das bald scheiterte. Samuel Oppenheimers Neffe **Simson Wertheimer** (1658-1724) war **1684** aus Worms nach Wien gekommen, wo er zum Vertreter und Bevollmächtigten seines Onkels avancierte. Er spezialisierte sich ganz auf das Geldgeschäft. 1698 bezifferte er seine Forderungen an die Hofkammer auf über 6 Millionen Gulden. 1720 war die Firma Wertheimer mit 6 Millionen Gulden der größte Staatsgläubiger. [Sandgruber 1995, S. 121 f.]

Nachdem das **15. und frühe 16. Jahrhundert** mit einer Verfolgungs- und Ausweisungswelle das **Ende der jüdischen Gemeinden in Österreich** gebracht hatte, war seit **1582** das Instrument der **Hofbefreiung für Juden** entwickelt worden. **1624** wurde durch einen Freiheitsbrief **Kaiser Ferdinands II.** für 14 Familien jenseits des Wiener Donaukanals im Unteren Werd, der späteren Leopoldstadt, ein Ghetto begründet, das bis **1669** auf etwa 500 Familien anwuchs. Auch außerhalb Wiens hatten sich mit landesfürstlicher Genehmigung wieder Juden niedergelassen. **1669/70** kam es zur **neuerlichen Vertreibung der etwa 3.000 Mitglieder zählenden Wiener jüdischen Gemeinde und auch der Landjuden**. Nur im äußersten Westen und im äußersten Osten des heutigen Landes, im vorarlbergischen Hohenems und im westungarischen Burgenland, entwickelte sich in der Frühneuzeit ein kontinuierliches jüdisches Leben. Schon **1675** sah sich die Regierung veranlasst, **jüdischen Familien ihrer weitverzweigten Geschäftsverbindungen wegen gegen ein hohes Toleranzgeld die Ansiedlung in Wien** wieder zu gestatten, wenn auch in geringem Ausmaß. [Sandgruber 1995, S. 136 f.]

Auch die Toleranzgesetzgebung hatte ökonomische Implikationen: Mit den **Juden-Ordnungen von 1753 und 1764** begann trotz Maria Theresias persönlich ablehnender Haltung die geistige Vorbereitung der Toleranzpolitik, die mit dem **Patent Kaiser Josephs II. von 1782** für Niederösterreich den Juden eine weitgehende Duldung, wenn auch noch keineswegs volle bürgerliche Gleichberechtigung brachte. 1792 wurde mit der Einrichtung des Judenamtes der Aufenthalt in Wien wieder beschränkt: Toleranz konnten nur **Juden der Oberschicht** erhalten, wenn sie ein **Vermögen von 60.000 Gulden** und ein **Großhandels- oder Fabriksprivileg** vorweisen konnten. Privilegierung für einige wenige und entwürdigende Repression für die Mehrzahl war noch immer das Prinzip. Die Zahl der tolerierten Familien war von 102 im Jahre 1793 auf 197 vor der Märzrevolution 1848 angewachsen. Arme Juden verdingten sich formal bei einem privilegierten Glaubensgenossen als Dienstboten oder lebten illegal in Wien. **1781** gab es

in Wien etwa 550 Juden, zu Beginn des 19. Jahrhunderts 1500. Bis **1848** stieg ihre Zahl offiziell auf rund 4.000 oder 0,9 Prozent der Wiener Gesamtbevölkerung. Die tatsächliche Zahl dürfte allerdings zwischen 6.000 und 12.000 gelegen sein. In Inner- und Westösterreich, ausgenommen Vorarlberg, blieb die Ansiedlung von Juden auch nach der Toleranzgesetzgebung bis 1848 untersagt [...]. [Sandgruber 1995, S. 146 f.]

Unter **Kaiser Joseph II.** wurde mit den Hönig, Popper, Arnsteiner und Eskeles auch der **Einfluss jüdischer Kapitalisten wieder stärker**. Als die dominierenden holländischen und Frankfurter Firmen sich nach der **Finanzkrise 1811** aus dem Staatskredit zurückzogen, wurde für neue Häuser Platz frei: Johann Geymüller, der in den 1770-er Jahren aus Basel nach Wien gekommen war, in die Großhandlung des Peter Ochs eingetreten und diese 1804 übernommen hatte, kam in den 1820-er Jahren zu jenem legendären Reichtum, dessen verschwenderische Züge so oft beschrieben wurden. **Salomon Rothschild** begründete sein gewaltiges Vermögen mit finanziellen Transaktionen **während der Napoleonischen Kriege** und mit der Vermittlung von Subsidien. Insgesamt wurden von Rothschild im Vormärz etwa 200 Millionen Gulden an Anleihen aufgebracht. Erst nachdem er Österreichs führender Bankier geworden war, fing er an, sich auch an Industrieunternehmen zu beteiligen. 1826 schieden Fries & Co. und 1841 die Häuser Geymüller und Steiner & Co. durch Konkurse aus. Seit 1830 trat immer mehr auch das Haus Sina, das durch Tabakimporte reich geworden war, in den Vordergrund und sollte in den **1840-er Jahren** zusammen mit Rothschild und Arnstein & Eskeles, das zwischen 1774 und 1785 begründet worden war und 1859 fallierte, die führende Rolle spielen. Nicht unbedeutend war auch das Ansehen des von dem Juwelier, Wollhändler und Tuchfabrikanten Michael Lazar Biedermann 1808 gegründeten Bankhauses Biedermann. Daneben agierte eine kleinere Anzahl mittlerer Bankiers wie Königswarter, Todesco, Uffenheimer, Wertheimstein, Wodianer, Schnapper, Stametz-Meyer, Perisutti und Schey. **Als Kapitalisten dominierten konfessionelle Randgruppen, Juden, Lutheraner, Calviner und Griechisch-Orthodoxe.** Die Beständigkeit der Wiener Bankhäuser war gering, die Kapitalausstattung in der Regel schwach, Konkurse waren häufig. [Sandgruber 1995, S. 218 f.]

Die Anfänge der **Agrarkrise** [...] Die liberale, für alle Kinder gleiche Erbregelung steigerte die Verschuldung der Bauernhöfe sehr rasch. Die Mobilisierung des Grundbesitzes und die Freigabe des Grundverkehrs führten zu Güterschlächtereien, Zwangsversteigerungen und Auflassung von Höfen bzw. deren Umwandlung in Jagdgebiete oder Großgüter. Im Kapitalismus war rasch ein Schuldiger gefunden, konkretisiert und personalisiert in der Gruppe der **Juden, die im Zusammenhang mit dem börsenmäßigen Getreideterminhandel, dem regional sehr unterschiedlichen Einfluss des jüdischen Landhandels und Leihkapitals und als jüdische Kapitalisten**, die Bauernhöfe für Jagdreviere aufkauften, für alle Übel der Agrarkrise verantwortlich gemacht wurden. [Sandgruber 1995, S. 255]

Barbara Staudinger, Die Zeit der Landjuden und der Wiener Judenstadt 1496-1670/71, Wien 2006 [S. 229 ff.]

Das **Ausweisungsdekret von 1670** [...] [S. 334 ff.]

Die vertriebenen Wiener und niederösterreichischen Juden konnten nicht in ihre Heimat zurückkehren. Sie fanden mehrheitlich **Aufnahme in Böhmen und vor allem in Mähren**, insbesondere in den grenznahen Gemeinden: In Nikolsburg [Mikulov] nahm Fürst Dietrichstein Wiener Juden, darunter einen Teil des Vorstands und des Rabbinats, aber auch niederösterreichische Exulanten auf. In Schaffa [Šafov] konnten sich Vertriebene aus dem niederösterreichischen Weitersfeld unter Graf Maximilian **Starhemberg** niederlassen, und auch die **Lichtensteiner** nahmen Juden in ihren Herrschaften auf. In Pullitz [Police], Althart [Staré Hobzí], Eisgrub [Lednice], Lundenburg [Břeclav], Kostel [Podivín], Jamnitz [Jemnice], Pohrlitz [Pohřelice nad Jihlavou], Mißlitz [Miroslav], Kremsier [Kroměříž], Nikolsburg [Mikulov], Proßnitz [Prostějov], Bisenz [Bzenec], Trebitsch [Třebíč], Piesling [Pisečné], Göding [Hodonin], Ungarisch-Brod [Uherský Brod], Raussnitz [Rousínov], Austerlitz [Slavkov u Brna] und Leipnik [Lipník nad Bečvou] **vergrößerte sich nach 1670 die Zahl der jüdischen Einwohnerschaft maßgeblich**. Da sich erst wenige Jahre zuvor auch Opfer der **Pogrome** von Bohdan **Chmelnyzkyj** [Ukraine, Kosaken, reg. 1654-1657] in Mähren niedergelassen hatten, stellte diese Zuwanderung eine finanzielle Belastung für die Gemeinden dar, und es kam zu nicht unerheblichen inneren Spannungen.

Auch in Ungarn wurden ausgewiesene Juden, vor allem auf den Besitzungen der Familien **Esterházy** und **Batthyány**, aufgenommen. Viele der Vertriebenen versuchten, in der Nähe ihrer alten Heimat wieder Fuß zu fassen. Andere, vor allem wohlhabende Wiener Familien, fanden in weiter entfernten Territorien des Reichs Aufnahme. So sind Exulanten in **Fürth** bei Nürnberg, wohin die Erben Jakob Fränkls das Memorbuch der Klaussynagoge brachten, und in anderen Territorien des Reichs belegt. In Brandenburg waren einige vertriebene Familien an der Gründung der jüdischen Gemeinde in **Berlin** beteiligt, nachdem **Kurfürst Friedrich Wilhelm I.** im Mai **1671** ein Edikt erlassen hatte, das 50 jüdischen Familien gestattete, sich in Berlin und einigen brandenburgischen Städten niederzulassen. Neben den böhmischen Ländern, Ungarn und dem Reich diente auch das Königreich **Polen** als Auffangbecken für ehemalige österreichische Juden. Mehrere Wiener Exulanten zogen nach **Krakau** [...].

Ein **nicht unbeträchtlicher Teil der Vertriebenen** zog in das **Osmanische Reich**. In **Belgrad** scheint sich unter anderem deswegen das Gewicht von der ursprünglich sefardischen mehr zur aschkenasischen Gemeinde verschoben zu haben. Möglicherweise waren jene Juden, die 1688, als Belgrad von den Kaiserlichen erobert wurde, nach Nikolsburg flohen, zugewanderte Wiener und Niederösterreicher.

Die finanziellen Vorteile, die sich die Wiener Bürgerschaft durch die Ausweisung der Juden versprochen hatten, traten nicht ein. Und auch die **kaiserlichen Fi-**

nanzbehörden hatten große Einbußen zu verzeichnen. Drei Jahre nach der Ausweisung erstellte die Hofkammer ein Gutachten und schätzte den finanziellen Verlust, der sich aus Mietausfällen, verminderter Handelstätigkeit und Mauteinnahmen zusammensetzte, auf rund eine halbe Million Gulden pro Jahr. Der Gewinn, den man sich erhofft hatte, war also in einen veritablen wirtschaftlichen und finanziellen Schaden umgeschlagen. Nicht nur die Stadt hatte zu kämpfen, die zugesagten Kontributionsgelder der Wiener Judenschaft zahlen zu können, auch die niederösterreichischen Landstände beklagten Verluste und forderten eine Wiederaufnahme der Juden.

Bereits direkt nach dem Abzug der Juden wurden daher **erste diplomatische Schritte für ihre mögliche Rückkehr** gesetzt. Die Initiative scheint von Hirschl Mayr ausgegangen zu sein, der **1672** Kontakt mit dem Kaiserhof suchte und die Wiederaufnahme der Juden in Wien zu lancieren versuchte. Doch erst nach seinem Tod kam es **1675** zu ersten Verhandlungen, bei denen sechs ehemalige Wiener Juden, Markus Schlesinger, Herz Coma, Wolf Salomon, Hirschl Austerlitz, Salomon Auspitz und Simon Hirschl, die Judenschaft vertraten. Im Gegenzug zu einer **Zahlung von 300.000 Gulden**, so das Angebot der Juden, sollte mit 250 Familien die Hälfte der ursprünglichen Einwohner der Judenstadt wieder zurückkehren dürfen. Dabei sollte es sich vor allem um vermögendere Juden handeln, sogenanntes Gesindel sollte keine Aufnahme finden. Die Juden sollten die Hälfte ihrer Handelsgewölbe in der Stadt zurückerhalten, und die Judenschaft erklärte sich bereit, wieder die jährlichen Toleranzgelder zu entrichten. Dass auch eine **Rückkehr der Landjuden** angedacht wurde, zeigt der Vorschlag, dass auch diese künftig wieder ihre **4.000 Gulden** an landesfürstlichen Steuern zahlen sollten. Der neuerliche Zuzug von weiteren Juden sollte strikt untersagt sein. Trotz allem scheiterten jedoch die Verhandlungen um eine Wiederaufnahme. Es mochten persönliche Gründe **Kaiser Leopolds I.** oder auch Sorgen um die kaiserliche Reputation gewesen sein, die zu der negativen Entscheidung führten - **den Juden blieb die Rückkehr verwehrt.**

In Wien kam es zu einer **neuen Ansiedlung erst mit Samuel Oppenheimer in den 1680-er Jahren**, in Niederösterreich jedoch erst wesentlich später. Das heißt nicht, dass sich überhaupt keine Juden mehr in Österreich unter der Enns aufhalten konnten. Bereits **1672** wurde **jüdischen Kaufleuten aus Böhmen, Mähren und Schlesien der Besuch der österreichischen Jahr- und Wochenmärkte** gestattet. Doch war es den vertriebenen Juden verboten, das Erzherzogtum zu betreten, und auch die auswärtigen jüdischen Kaufleute hatten das Land nach dem Ende der Märkte sofort wieder zu verlassen. Dem Wunsch der Stände, auch den Vertriebenen die Jahr- und Wochenmärkte zu öffnen, wurde nicht entsprochen. Als **1708** bekannt wurde, dass einige Adelige so genannte „Haus- und Hofjuden“ auf ihren Herrschaften in Stetteldorf, Großwetzdorf, Oberwaltersdorf, Ebenfurth, Guntersdorf und im Posthof bei Baden angesiedelt hatten, mussten diese auf kaiserlichen Befehl das Land wieder verlassen, und es kam - außer in Wiener Neustadt, wo vorübergehend ungarische Juden

aufgenommen wurden - zu keiner Ansiedlung von Juden in Niederösterreich. So war mit der **Vertreibung der Jahre 1669 bis 1671** die Zeit, in der **Wien und Niederösterreich zu den jüdischen Siedlungszentren** im Heiligen Römischen Reich gehörten, vorbei.

Christoph Lind, Juden in den habsburgischen Ländern 1670-1848 [S. 339 ff.]

Auf dem Gebiet des heutigen Österreich bestanden um das Jahr **1700** jüdische Gemeinden nur in Hohenems und Sulz in Vorarlberg sowie im Burgenland; in Innsbruck lebte nur eine Handvoll Juden. In **Wien** durften sich einige **Hofjuden** niederlassen, um die sich Angehörige und Bedienstete scharten. Die Gründung einer Gemeinde war der im Laufe des 18. Jahrhunderts stetig wachsenden Wiener „Judenschaft“ aber **bis zur Revolution von 1848 streng untersagt**. In Nieder- und Oberösterreich, in Salzburg, der Steiermark und Kärnten war Juden **bis 1848 die Niederlassung prinzipiell verboten**. Ausnahmen gab es nur für **jüdische Fabrikgründer in Niederösterreich nach 1782** sowie für jene jüdischen Familien, die sich während der französischen Besatzung Anfang des 19. Jahrhunderts in **Kärnten** und **Krain** niedergelassen hatten.

Im Gegensatz dazu existierten in **Vorderösterreich, Böhmen und Mähren alte jüdische Gemeinden**. Dies galt auch für die **italienischen Territorien** der Habsburger, beispielsweise für Mantua, das im Zuge des Spanischen Erbfolgekrieges an Österreich fiel. In **Ungarn**, zu dem das Burgenland damals gehörte, zogen nach der Rückeroberung des Landes von den Osmanen vor allem **Juden aus Mähren** zu, die sich meist auf dem Gebiet der heutigen **Slowakei** niederließen. Bereits bestehende Gemeinden wurden während der österreichischen Eroberung schwer in Mitleidenschaft gezogen oder zerstört. Auch in den Österreichischen **Niederlanden** setzte unter habsburgischer Herrschaft eine Zuwanderung von Juden ein, die sich Ende des Jahrhunderts in Gemeinden zu organisieren begannen. In den 1770-er Jahren dehnte sich die Herrschaft der Habsburger auch auf die **zahlreichen jüdischen Gemeinden Galiziens und der Bukowina** aus.

Mit der Haskala, der jüdischen Aufklärung, und den **Toleranzpatenten Kaiser Josephs II.** begann im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts der **Weg zur Gleichberechtigung der Juden** der habsburgischen Länder, die jedoch ihren **Abschluss erst nach der Revolution von 1848** finden sollte.

Juden und jüdische Gemeinden im 18. Jahrhundert - Wien

Nach der **Vertreibung der Juden** aus Niederösterreich und seiner Hauptstadt Wien **1670/71** gab es fast 200 Jahre lang keine Gemeindegründung. Doch schon Ende des 17. Jahrhunderts ermöglichten einzelne privilegierte Juden religiöses und kulturelles jüdisches Leben in Wien. Einer der ersten Juden, der sich nach der Vertreibung wieder in der Stadt niederlassen durfte, war **Samuel Oppenheimer**, der zum **Hofjuden Kaiser Leopolds I.** (1640, reg. 1658-1705) aufstieg.

Die Position der **Hofjuden** war stark an die Person ihres jeweiligen Herrschers gebunden. Die Fürsten konnten ihre Hofjuden unter Druck setzen und sie zwingen, praktisch jeden Auftrag zu übernehmen, wollten diese nicht ihre Position, ihr Vermögen oder gar ihr Leben riskieren. Auch ein Thronwechsel konnte gefährlich werden. Das bekannteste Beispiel für diese verhängnisvolle Abhängigkeit ist das Schicksal des **Joseph Süß Oppenheimer** (1698/99-1738), eines Verwandten des Samuel Oppenheimer, der als „Jud Süß“ zu trauriger Berühmtheit gelangte. Er wurde bereits ein Jahr nach dem Tod seines Herrn **Herzog Karl Alexander von Württemberg** (1684, reg. 1733-1737) hingerichtet.

Die Hofjuden des 17. und 18. Jahrhunderts waren ein neues Phänomen in der Geschichte der deutschen Juden, das mit dem **stark wachsenden Finanzbedarf der lange Jahre Krieg führenden Staaten** zusammenhing. Die Prachtentfaltung des Barock verschlang zudem enorme Summen für den **Bau von Palästen und Schlössern** sowie andere Repräsentationsausgaben. Auch die Errichtung der Karlskirche und von **Schloss Schönbrunn** in Wien erfolgte mit Hilfe **jüdischer Kreditgeber**. Aus den **jüdischen Heereslieferanten** [SG: sie lieferten Kriegsmaterial gegen Kredit] gingen Hoffaktoren und Hofjuden hervor, die in einem direkten Verhältnis zum jeweiligen Fürsten standen. Jeder größere und kleinere deutsche Territorialstaat verfügte über solche Hofjuden, die ihre Funktion oft an ihre Söhne weitergaben; zuweilen entstanden so ganze Hofjuden-Dynastien. Ihre Zahl war beträchtlich: Vermutlich gab es zeitweise **mehrere tausend Hofjuden** von größerer oder geringerer Bedeutung. Manche Hofjuden dienten auch mehreren Fürsten, wie der Frankfurter Bankier Moses Löb Isaak Kann (gest. 1761), Hoffaktor in Mainz, Würzburg, Bamberg und auch Wien.

Parallel zu den Hofjuden entwickelten sich im Alten Reich die **Landjudenschaften**, an deren Spitze meist der Hofjude desjenigen Territoriums stand, in dem sich diese organisiert hatten. In der Reichsgrafschaft Hohenems übte beispielsweise der 1725 aus Innsbruck zugewanderte Jonathan Uffenheimer die Funktion des Hofjuden und Vorstehers der jüdischen Gemeinde aus. Uffenheimer wurde 1745 Heereslieferant für die österreichischen Truppen in Vorarlberg und erhielt 1753 auch ein österreichisches „Speditions- und Hoffaktorpatent“.

Die Hofjuden verfügten über **weitverzweigte Beziehungen verwandtschaftlicher oder geschäftlicher Art**, über Agenten und Mittelsmänner, die es ihnen ermöglichten, rasch Kredite zur Verfügung zu stellen oder Waren zu beschaffen. Auch Oppenheimers Neffe **Samson Wertheimer** (1658-1724), Hofjude in Wien, war in solch einem Netz eingebunden: Seine Tochter war mit einem Sohn des Hannoveraner Hofjuden Leffmann Behrens (1634-1714) verheiratet. Ein Sohn ehelichte die Tochter von Elias Gomperz, Hoffaktor König Friedrich Wilhelms I. (1620, reg. 1640-1688), des „Großen Kurfürsten“ von Brandenburg. Behrens verheiratete seine Tochter wiederum mit David Oppenheim (1664-1736), Rabbiner von Nikolsburg [Mikulov] und Oberrabbiner von Prag. Ein Beziehungsnetz verband also mehrere europäische Fürstenhöfe untereinander. Tatsächlich war

der Großteil der Hofjuden untereinander verschwägert, was ihre Tätigkeit erleichterte und bei heiklen Geschäften die erforderliche Diskretion gewährleistete.

Die Hofjuden waren aufgrund ihres Einflusses und ihrer - allerdings sehr prekären - Unentbehrlichkeit in der Lage, europaweit für bedrängte Glaubensbrüder zu intervenieren oder dies zumindest zu versuchen. [...]

Samuel Oppenheimer (1630-1703) stammte aus einer Familie, die an Rhein und Main sehr angesehen war. Er wurde am 21. Juni 1630 wahrscheinlich in Heidelberg geboren und diente zunächst dem Kurfürsten Karl I. Ludwig von der Pfalz (1617, reg. 1648-1680) als Armeelieferant und Kammeragent. Seine Lieferungen für Österreich scheinen **1672** begonnen zu haben. Oppenheimer finanzierte für **Kaiser Leopold I.** den Holländischen Krieg (1673-1679) gegen die Hegemoniebestrebungen Ludwigs XIV. und es ist unter anderem auch sein Verdienst, dass **Wien 1683 nicht von den Osmanen erobert** wurde. Auch im folgenden **Großen Türkenkrieg** (1683-1699) war er für einen Großteil der Heereslieferungen verantwortlich. Oppenheimer verhandelte als Vertrauensmann des Kaisers mit deutschen Fürsten, die sich, beeindruckt von den österreichischen Erfolgen, am Feldzug gegen die Osmanen beteiligen wollten, über die Bedingungen für ihre Unterstützung. Als sich beispielsweise im Dezember 1684 die drei braunschweigischen Fürsten verpflichteten, dem Kaiser Truppen für den Feldzug in Ungarn zu stellen, wickelte Oppenheimer gemeinsam mit Leffmann Behrens die finanziellen Aspekte ab.

Auch bei den **Einnahmen von Ofen / Buda 1686** und **Belgrad 1688** hatte Oppenheimer eine entscheidende Rolle inne. Als Frankreich 1688 in die Pfalz einfiel und damit den **Pfälzischen Erbfolgekrieg** (1688-1697) eröffnete, finanzierte Oppenheimer mit seinen Kontakten zu jüdischen Finanziers im Reich und den Niederlanden den Zweifrontenkrieg. Der **Frieden von Karlowitz 1699**, der den Großen Türkenkrieg beendete, wurde ebenfalls von ihm finanziert.

Oppenheimers Fähigkeiten als **Armeelieferant** waren für Kaiser Leopold I. unentbehrlich. Nur er war in der Lage, den Bedarf des Militärs an jedem Kriegsschauplatz, wie zum Beispiel durch den Aufbau der Donauflotte, zu decken. Da an seinen Heereslieferungen über Mittelsmänner auch Adel und Hochadel beteiligt waren, steckte in seinen Geschäften nicht nur jüdisches, sondern **auch christliches Kapital**. Mit dieser außerordentlichen Finanzkraft betätigte er sich als Hoflieferant und Hofbankier und besorgte Luxusgüter jeglicher Art für den kaiserlichen Hof.

Oppenheimers **Handelsbeziehungen** erstreckten sich auf den Westen und Süden Deutschlands, auf Ungarn, Siebenbürgen, Slawonien, Serbien, die Schweiz und Italien. Er bezog Pulver aus Holland, Polen und Russland, Salpeter aus Böhmen, Mähren, Schlesien und Ungarn, Waffen aus Steyr, Steiermark, Kärnten und Krain, Tücher aus Holland, Wolle aus Böhmen, Dragonerstiefel aus Kremsier, Pferde und Flöße aus Salzburg und Bayern, Getreide und Mehl aus Österreich, Bamberg, Würzburg, Mainz und Trier, Ochsen aus Siebenbürgen

und Ungarn, Heu aus der Kurpfalz, Hafer aus Franken, Spezereien aus Hamburg, Wein vom Rhein, Neckar und der Mosel und Branntwein aus Mähren. Ermöglicht wurde dies durch ein umfangreiches Netz aus Korrespondenten, Vertretern und Agenten zwischen London, Amsterdam, Ofen und Venedig, die sich zu einem guten Teil aus Oppenheimers Verwandtschaft rekrutierten.

Wie prekär die Position Oppenheimers war, zeigte sich **1697**, als er und sein Sohn Emmanuel aufgrund der Verleumdung eines Oberst von Edelack verhaftet wurden. Ihnen und ihrem ebenfalls festgenommenen Verwandten Ruben Elias Gomperz (1655-1705), Vorsteher der Juden in Cleve, wurde vorgeworfen, Samson Wertheimers Ermordung zu planen. **Von Oppenheimers Inhaftierung war der Handelsverkehr in ganz Deutschland betroffen.** In Hamburg musste Nathan Goldschmidt seine durch ihre Lebenserinnerungen berühmt gewordene Mutter Glückel von Hameln (1645/46-1724) um Hilfe bitten, da mit Oppenheimers Verhaftung plötzlich sein Kredit erloschen war und die Gläubiger die Rückzahlung forderten. Die Situation entspannte sich erst mit **Oppenheimers Freilassung.** Auch Gomperz konnte seine Unschuld beweisen.

Oppenheimers Bedeutung für Hof, Staat und die Armeen wurde von der christlichen Bevölkerung mit Unwillen zur Kenntnis genommen. Zudem machte man ihn, den „**reichen Juden**“, für die frierenden und hungernden Soldaten sowie für Armut und Steuerlast verantwortlich. Der Hass entlud sich am 21. Juli **1700**, als zwei Rauchfangkehrer mit einem Juden aus Oppenheimers Gefolgschaft in Streit gerieten. Es kam zu Ausschreitungen gegen Oppenheimers Wiener Haus am Bauernmarkt [...]. Der entstandene Schaden war vor allem aufgrund der verlorenen Geschäftspapiere beträchtlich. Infolge dieses Gewaltausbruchs erließ der Kaiser am 30. Juli **1700 ein Schutzpatent** für die in Wien ansässigen sowie die in Ober- und Niederösterreich Handel treibenden Juden.

Als Oppenheimer am 3. Mai **1703** plötzlich starb, **löste sein Tod eine schwere Finanzkrise aus**, da seine Kreditwürdigkeit eng mit der des Kaiserhauses verbunden war. Leopold I. hatte ihm 5 Millionen Gulden geschuldet. Viele Geschäftspartner Oppenheimers, darunter auch Leffmann Behrens und dessen Schwägerin Glückel von Hameln, gerieten in teils existenzielle Schwierigkeiten. Oppenheimers Gläubiger, die auch die Gläubiger des Kaisers waren, verlangten von der Regierung, sich zu den Verpflichtungen des Verstorbenen zu bekennen. Als diese jedoch **über Oppenheimers Nachlass den Bankrott erklärte, brachte dies im ganzen Reich das Finanzgeschäft ins Stocken, und die Kredite an Österreich kamen völlig zum Erliegen.** In der Folge setzte eine verhängnisvolle **Kapitalflucht** ein. Der Präsident der Hofkammer, Gundaker Thomas Graf Starhemberg, bezeichnete den Konkurs, der nach Oppenheimers Tod über sein Vermögen verhängt wurde, als derart schädlich für die Habsburgermonarchie, dass „Frankreich für sich und gegen den Kaiser nichts Kräftigeres [hätte] ersinnen können“. Die kaiserliche Regierung musste schließlich die Forderungen der Gläubiger anerkennen, und es wurde nach venetianischem Vorbild der

Banco del Giro, Österreichs erste Bank, gegründet, die die Schulden tilgen sollte. Da sie völlig unterfinanziert war, machte sie zwei Jahre später Bankrott. [...] [Lind 2006, S. 339 ff.]

Die jüdischen Geschäftsleute trugen einen wesentlichen Teil zum staatlichen Finanzwesen bei, das unter Gundaker Thomas Graf Starhemberg, Hofkammerpräsident von **1703 bis 1715**, neu geordnet wurde. Um die abermalige Bildung einer Monopolstellung wie unter Oppenheimer zu verhindern, wurden die Geschäfte auf mehrere Konkurrenten verteilt. Zudem erfolgte **1705/06** nach dem **Bankrott des Banco del Giro** die **Gründung der Wiener Stadtbank.**

Die Wiener Juden haben dem Staat in der Zeit von **1698 bis 1709, als praktisch ständig Krieg geführt wurde, die gewaltige Summe von 78 Millionen Gulden** vorgestreckt. Die jährlich zu zahlende Toleranztaxe betrug 6.000 Gulden. Im Jahr 1708 wurde eine Kopfsteuer eingeführt, deren Höhe Samson Wertheimer zu bestimmen hatte. Davon ging man 1715 wieder ab und besteuerte jede Familie für sich. Der Bedeutung der Hofjuden stand die **Feindseligkeit der Bevölkerung** gegenüber, wie die in Levys Bericht erwähnten zehn kaiserlichen Soldaten zeigen, die Tag und Nacht vor den Häusern Oppenheimers und Wertheimers Wache hielten. Diese ständige Bedrohung ließ sich hervorragend als Druckmittel zur Erhöhung der Abgaben nutzen. Im Jahr **1704** mussten die Wiener Juden mit der Begründung, für die christlichen Kaufleute eine lästige Konkurrenz darzustellen, ein Zwangsdarlehen von 205.000 Gulden leisten. **1706** mussten sie zu den Kosten der **Kaiserkrönung Josephs I.** (1678, reg. 1705-1711) in Frankfurt 200.000 Gulden beitragen. Die **Krönung Karls VI.** im Jahre 1711 verschlang 148.000 Gulden. **1717** mussten für den **Krieg gegen das Osmanische Reich** 1.237.000 Gulden und **1727** für weitere **Militärausgaben** 600.000 Gulden aufgebracht werden.

Karl VI. (1685, reg. 1711-1740), der den Juden allgemein nicht freundlich gesonnen war, begünstigte seine Hofjuden jederzeit, wenn er sich davon Vorteile versprach, doch betrieb er, gegen den Willen der Hofkammer, eine **sehr restriktive Judenpolitik.** Seine drei **Judenordnungen von 1718, 1721 und 1723** zielten darauf ab, die Zahl der Wiener Juden zu beschränken. Juden durften zudem an Sonn- und Feiertagen das Haus nicht vor zehn Uhr vormittags verlassen, und als einziger Christ durfte bei ihnen nur der Kutscher wohnen. Im Jahr **1716** wurde befohlen, alle verheirateten Dienstboten zu entlassen. Die Judenordnung von **1718** gestattete nur dem Familienoberhaupt die Heirat. Frauen und Kinder der Bediensteten sowie „Befreundete und Correspondenten“ wurden aus der Stadt gewiesen. Diese Bestimmungen erfuhren **1721**, als man die **Kennzeichnung der Juden** überlegte, und **1723** eine weitere Verschärfung. Alle Juden mussten fortan von den Christen abgesondert wohnen. Bisher lebten sie, wie aus der Judenliste von 1699 hervorgeht, teilweise unter der übrigen Bevölkerung, Oppenheimer und Wertheimer besaßen ihre eigenen Palais am Bauernmarkt und in der Kärntner Straße. Die Zwangsumsiedlung erwies sich aber als schwer durchführbar.

Kaiser Karls VI. Tochter und Nachfolgerin **Kaiserin Maria Theresia** (1717, reg. 1740-1780) **übernahm diese Einstellung**. Noch **1777**, wenige Jahre vor ihrem Tod, schrieb sie über die Juden: „Künftig solle keinen Juden, wie sie Nahmen haben, zu erlauben, hier zu sein, ohne meiner schriftlichen Erlaubnus. Ich kenne keine ärgere Pest von Staatt als diese Nation, wegen Betrug, Wucher und Geldvertragen, Leüt in Bettelstand zu bringen, alle üble Handlungen ausüben, die ein anderer ehrlicher Man verabscheüete; mithin sie, so vill sein kan, von hier abzuhalten und zu vermindern.“ Ihre Abneigung zeigte sich auch darin, dass sie Juden nur hinter einem Paravent verborgen Audienz gewährte. Als ihr Mann **Kaiser Franz I. Stephan** (1708, reg. 1745-1765) im Jahr **1762** die **Herrschaft Göding** [Hodonin in Südmähren] kaufte, mussten 1773 die dort ansässigen Juden den Ort verlassen, da sie Maria Theresia auf ihren Besitzungen nicht dulden wollte. Sie fanden bei anderen Herrschaften Aufnahme. Im Jahr **1787** durften 13 Familien zurückkehren. Dennoch demonstrierten ihr die jüdischen Gemeinden der Monarchie entsprechend den religiösen Vorschriften als ihrer Schutzherrin ihre Treue. Im **Siebenjährigen Krieg** (1756-1763) betete beispielsweise die Gemeinde von Mantua für das Wohl des Staates, fastete, wenn sich die Armee in schwierigen militärischen Situationen befand, und feierte deren Siege. In Prag sprach Rabbiner Jecheskel Landau Gebete für den österreichischen Sieg. Aus Eisenstadt ist zudem das „Danck-Geschrey“ der dortigen Juden nach einem Sieg der Österreicher überliefert. Als Maria Theresia 1780 starb, hielt Rabbiner Landau in Prag eine Trauerrede.

Im Oktober **1752** ließ Maria Theresia eine Zählung der in Wien anwesenden Juden durchführen. Zwölf Familienoberhäupter verfügten über Schutzbriefe, durch die 452 Juden in der Stadt leben konnten, also durchschnittlich 37 Personen pro Privileg. Sie hatten eine jährliche Toleranzsteuer von 14.000 Gulden zu leisten, die jedoch wegen Uneinbringlichkeit auf 8.000 Gulden reduziert wurde. Am 22. September **1753** wurde eine **neue Judenordnung** erlassen, die in 33 Artikeln die Bestimmungen der letzten Jahrzehnte zusammenfasste. Die Unzulänglichkeit der Judengesetzgebung führte schließlich zu einer neuerlichen Reform. Sie wurde im 1760 neu geschaffenen Staatsrat diskutiert und von der Böhmischo-Österreichischen Hofkanzlei ausgearbeitet. **Die Juden sollten fortan verstärkt in den Dienst der Volkswirtschaft gestellt werden**. Ihr Aufenthalt wurde auf 5 bis 10 Jahre begrenzt und konnte nur bei nachgewiesenem wirtschaftlichem Erfolg verlängert werden. Sie sollten, wie ihnen im März **1764** nahegelegt wurde, **mit inländischen Manufakturzeugnissen Handel treiben - der Handel mit ausländischer Ware wurde strengstens verboten - und Fabriken gründen, in denen allerdings nur Christen arbeiten durften**. Diese Bestimmungen wurden am 5. Mai 1764 in einer Judenordnung zusammengefasst. [Lind 2006, S. 346]

Im 18. Jahrhundert zogen Juden vor allem als Hausierer durch Niederösterreich. Hinweise auf eine längere Sesshaftigkeit, wie 1725 für Tulln, als sich angeblich zwei jüdische Familien in der Stadt häuslich niederlassen durften, bedürften einer genaueren Untersuchung. **Der Aufenthalt und Handel in Niederösterreich au-**

Berhalb der Jahrmarktzeiten war Juden verboten, dieses Verbot wurde aber vielfach missachtet. Bei ihren Handelsreisen mussten sie natürlich die Leibmaut bezahlen. Die Einnahmen daraus betrug 1781 in Wiener Neustadt 293,45 Gulden, in Retz 24,35 Gulden, in Krems und Stein 215,6 Gulden und an anderen Orten in Nieder- und Oberösterreich 900 Gulden. [Lind 2006, S. 354]

Die ungarisch-burgenländischen Juden lebten hauptsächlich vom Handel mit Textilien, Häuten und Fellen und vom Hausieren. Auch der **Geldverleih** und die **Pacht herrschaftlicher Rechte** gehörten zu ihren Tätigkeiten. Neben Mauten wurden beispielsweise auch **Fleischbänke** gepachtet, wie dies für Deutschkreutz (1672), Güssing (1678), Strem (1770), Lackenbach, Neufeld und Kobersdorf (1752) belegt ist. Auch die **Pacht von Branntweinbrennereien, Brauereien und Bierschankhäusern** war eine häufige Einkommensquelle. Juden verkauften zudem in den Grundherrschaften produzierte Güter wie **Schafwolle, Honig und Getreide**. [Lind 2006, S. 355]

Anhand einer Liste von **1744** lässt sich die Berufsstruktur der **Mattersdorfer Juden** [Burgenland, damals Ungarn] darstellen. Dem **Handel** gingen 45 Prozent nach, 23 Prozent waren im Gewerbe (**Schneider, Branntweinbrenner, Fleischhauer, Bierbrauer**), 21 Prozent im Dienstleistungsbereich (**Dienstboten, Bierschänker, Spielmänner**) und 13 Prozent in den religiösen Bildungsberufen als **Schulmeister** oder **Schreiber** tätig. Der Handelsraum reichte über die Grenzen der Herrschaft hinaus, seine Zentren waren Wien, Wiener Neustadt, Ödenburg und Pressburg [Bratislava]. Wegen der Abhängigkeit vom Handel bedeuteten **Einschränkungen in Kriegs- oder Seuchenzeiten** stets existenzielle Probleme. Beispielsweise ordnete die Regierung **1739** an, wegen der Pestgefahr keine Jahrmärkte abzuhalten. Auch am Beginn des 19. Jahrhunderts, zur Zeit der Kriege gegen Frankreich, wagten es die Mattersdorfer Juden nicht, ihrem Erwerb nachzugehen. [Lind 2006, S. 358]

Die Länder der böhmischen Krone: Böhmen, Mähren, Schlesien

Die Juden in Böhmen und Mähren waren ähnlich wie im Burgenland in Gemeindeverbänden organisiert. Sie unterschieden sich dadurch von den anderen Landjudenschaften des Alten Reiches, wie beispielsweise der Hohenemser Gemeinde.

In **Mähren**, wo bereits im 16. Jahrhundert eine **Landjudenschaft** entstanden war, hatten sich die Juden **1651**, basierend auf alten Statuten, eine innere Verfassung gegeben, die Wahlmethoden, Steuerwesen, Gemeindegliedschaft, Gerichtsbarkeit, Geschäftsgebarung und religiöse Angelegenheiten ordnete. Diese wurde durch Beschlüsse, die bis **1748** auf Synoden oder „Judenlandtagen“ gefasst wurden, ergänzt. Im 18. Jahrhundert griff schließlich der Staat mit „**Polizeyordnungen**“ in die inneren Verhältnisse der Juden ein.

In **Böhmen** trat die Prager Gemeinde bis gegen Ende des 17. Jahrhunderts auch als Vertreterin der böhmischen **Landjuden** auf. Im Jahr **1689** wählten diese Ab-

raham Broda zu ihrem ersten Landesrabbiner, da das Amt des Prager Oberrabbiners seit dem Tod von Aron Simon Spira-Wedeles 1679 unbesetzt war und die Prager mit der Wahl eines Nachfolgers lange zögerten. [...] Mit dem Tod von Moses Isaak Wedeles-Spira **1749 erlosch das böhmische Landesrabbinat**. In Mähren sollte es dagegen noch lange bestehen bleiben.

Ab **1679** wurde die Forderung nach **Reduzierung der Juden, die nach der Schlacht am Weißen Berg 1620 einen bedeutenden wirtschaftlichen Aufschwung erlebt hatten**, immer lauter. Dieses Drängen richtete sich zunächst vor allem gegen die Prager Juden, schließlich aber auch gegen die böhmischen und mährischen Landjuden, die als **Konkurrenz der christlichen Händler** angesehen wurden. In den **1670-er Jahren hatte zudem eine starke jüdische Zuwanderung** eingesetzt, was vor allem in Mähren zu Protesten der christlichen Bevölkerung führte. Diese Zuwanderer waren **Vertriebene aus Wien und Niederösterreich** sowie **Flüchtlinge vor Pogromen aus Polen, der Ukraine und aus Ungarn**, wo die Pest drohte. Als die Seuche **1680** Prag erreichte, bot dies den willkommenen Anlass, die Zahl der Juden in der Stadt zu verringern. Der Plan, sie in das nahe gelegene Lieben umzusiedeln, kam jedoch nicht zur Ausführung. Auch die Verordnung, dass im Prager Ghetto künftig nur noch zwei Familien pro Haus leben sollten, was eine bedeutende Verringerung der Prager Judenschaft bedeutet hätte, wurde nicht durchgeführt. Als die **Judenstadt 1689 niederbrannte**, wurde ein neuerlicher Vertreibungsversuch unternommen, aber auch dieser scheiterte wie jene zuvor an **fiskalischen Erwägungen der Böhmisches Kammer**.

Die verstärkte jüdische Zuwanderung ging mit Unruhen unter der bäuerlichen Bevölkerung und **Absatzschwierigkeiten der herrschaftlichen Güter** einher, da **Böhmen und Mähren nach dem Dreißigjährigen Krieg entvölkert** waren. **Kaiser Leopold I.** untersagte **1680** den Grundherrschaften, den Bauern mehr als die erlaubten Steuern abzuverlangen und auf deren Kosten Handel zu treiben. Die Bauern waren nämlich vielfach gezwungen, landwirtschaftliche Produkte der Grundherrschaften, wie Butter, Käse oder Fische, zu einem bestimmten Preis zu kaufen. **Juden boten nun den idealen Ersatz**, da der Grundherr ihr Schutzgeld erhielt, von ihnen mit Artikeln des täglichen Bedarfs versorgt wurde und sie zudem die herrschaftlichen Produkte kaufen [und verkaufen] mussten. So wies **Fürst Schwarzenberg** im Jahr **1694** seinen Verwalter an, im südböhmischen Dorf Vřesná [Haidberg] mehrere jüdische Familien anzusiedeln, um die Bevölkerung zu vergrößern und die Erzeugnisse leichter verkaufen zu können. Der Schutzbrief für Isaak Abraham aus Bzy [?] sah vor, dass dieser jährlich am 24. Juni und 25. Dezember Käse, Häute, Felle und sonstige herrschaftliche Produkte zu dem gerade in der Gegend üblichen Höchstpreis kaufen musste. In **Göding [Hodonin] musste die jüdische Gemeinde jederzeit das Vieh der Herrschaft übernehmen, unentgeltlich schlachten und verkaufen. Juden pachteten zudem herrschaftliche Gewerbehäuser (Branntweinbrennereien, Pottaschesiedereien, Gerbereien) und Fabriken.**

Durch die **Bindung an die jeweilige Grundherrschaft** waren die Juden von einem Herrschaftswechsel stets stark betroffen. Meist verlangte der neue Grundherr höheres Schutzgeld, und es war unsicher, ob die alten Rechte bestätigt werden würden. So gewährte beispielsweise Franz Maximilian **Graf Czernin 1674** den Juden in **Schwihau [Svihov u Klatov]** umfangreiche Privilegien und verteidigte sie auch gegen den Schwihauer Stadtrat. Nach seinem Tod betrieb seine Witwe eine betont anti-jüdische Politik, die **1739** in einen missglückten Ausweisungsversuch mündete. Im allgemeinen aber **waren die Juden für den Adel so unentbehrlich**, dass er die königlichen Niederlassungsbestimmungen missachtete und hohe Geldstrafen hinnahm. Einem Hofdekret Kaiser Leopolds I. von **1681**, das anordnete, dass Juden in Mähren nur in jenen Orten und Häusern bleiben durften, in denen sie bereits 1657 gewohnt hatten, wurde selbst unter Strafandrohung nicht Folge geleistet.

Im Jahr **1627 war den böhmischen Juden erlaubt worden, ein Handwerk auszuüben**. Eine Besonderheit bildeten die Prager jüdischen Handwerkszünfte, die ähnlich den christlichen Zünften organisiert waren. Im 17. und 18. Jahrhundert entwickelten sich auch in mährischen Städten wie Nikolsburg [Mikulov] jüdische zunftähnliche Organisationen, die allerdings, anders als in Prag, nicht autonom, sondern vom jeweiligen Grundherrn abhängig waren. Die Lage der jüdischen Handwerker auf dem flachen Land war eine bessere als in Prag, da die Grundherren die kaiserlichen Bestimmungen oft zugunsten der Juden auslegten. Die **Landjuden** waren allerdings weniger am Handwerk als vielmehr am **Handel** interessiert und ließen **Waren bei christlichen „Pfuschern“** [nicht in der Zunft zugelassene Handwerker] herstellen, um sie anschließend weiterzuverkaufen. Dies führte zwangsläufig zu Auseinandersetzungen mit christlichen Handwerkern. So musste **1677 Fürst Liechtenstein** im mährischen Proßnitz [Prostějov] einen heftigen, **gewalttätigen Streit zwischen jüdischen Händlern und christlichen Schneidern** schlichten.

Die Bedeutung der jüdischen Händler zeigt nicht zuletzt ein Beispiel aus **Nikolsburg [Mikulov]**: Am 2. September **1682** bat die Stadt um die Verschiebung des Michaelimarktes (29. September), da die Juden um diese Zeit Neujahr feierten. In Mähren spezialisierten sich die Juden zudem auf den **Kleiderhandel**, der aus der **Pfandleihe** hervorgegangen und sich durch umfangreiche **Heereslieferungen** weiterentwickelt hatte. Sie bauten eine **Massenproduktion** und letztlich die **bedeutende mährische Textilindustrie** auf. So hatte der Heereslieferant Emanuel Bacharacher **1714** ganze Schneiderzünfte verschiedener mährischer Städte mit der Herstellung von **Uniformen für die Armee** beauftragt. **Jüdische Händler aus Böhmen, Mähren, Österreichisch-Schlesien und Ungarn reisten auch zur Leipziger Messe**, der wichtigsten in Deutschland, die zweimal jährlich abgehalten wurde. Prager Juden stellten regelmäßig die meisten Besucher.

Im Jahr **1724** lebten die **böhmischen Juden in 169 Städten und 672 Dörfern**, waren also über das ganze Land verteilt und in über 200 jüdischen Gemeinden or-

ganisiert. In **Mähren durften sie nicht in Dörfern leben**, abgesehen von Gewerbehäuspächtern, sondern waren in **52 Städten** angesiedelt. In den 1720-er Jahren wurden in vielen Orten Judengassen eingerichtet, um die Juden von der Ortsmitte an den Rand zu drängen, woran auch christliche Händler und Handwerker interessiert waren. Diese **Judengassen** bestanden bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts. Auf Wunsch der Kirche erfolgten **1727** in vielen Landstädten Böhmens und Mährens zudem **Umsiedlungen** zur Trennung von christlichen und jüdischen Häusern. Bereits ein Jahr zuvor hatte Kaiser Karl VI. beschlossen, die Zahl seiner jüdischen Untertanen in Böhmen, Mähren und Schlesien zu beschränken. Das **1726** von ihm erlassene Hofdekret, das die Juden eine Gesera (Verhängnis) nannten, legte die Zahl der Familien fest, die in diesen Ländern leben durften. Die Anzahl der Familien musste konstant bleiben. **In Böhmen waren 8.541 Familien zugelassen, in Mähren 5.106 und in Schlesien 119.** Dieses Familienengesetz bestimmte weiters, dass in jeder Familie nur der älteste Sohn heiraten durfte, und auch das erst mit 24 Jahren und nachdem der Vater gestorben war. Reiche Juden konnten sich durch die Zahlung entsprechend hoher Summen eine Heiraterlaubnis erkaufen. Im Jahr **1738** befahl Karl VI. schließlich die **Vertreibung der Juden aus Schlesien** und die **Ausweisung der armen Juden aus Böhmen**, darunter viele polnische Einwanderer. Sein Befehl wurde aber nicht ausgeführt, da die böhmischen Stände aus wirtschaftlichem Interesse die Reduzierung der Juden bekämpften.

Die drückende Lage durch das Familienengesetz führte in Böhmen und Mähren zu einer **Taufbewegung** in der jüdischen Unterschicht, die sich auf diese Weise aus ihren hoffnungslosen Lebensverhältnissen befreien wollte. So wohnten im mährischen Hotzenplotz [Osoblaha] 596 Juden in 39 Häusern, also mindestens 16 Personen in einem Haus, während bei der christlichen Bevölkerung 6 Personen in einem Haus lebten.

Als im Zuge des **Österreichischen Erbfolgekrieges** im Jahr **1742** österreichische Truppen in Böhmen und Mähren einmarschierten, verbreiteten „Panduren und Husaren“ Schrecken unter der Bevölkerung. **In Mähren häuften sich die Plünderungen und Überfälle auf die Ghettos.** An diesen beteiligten sich nicht nur die Soldaten, sondern auch Bauern und Stadtbevölkerung. Pisek wurde im Juni ausgeplündert, in Kremsier gab es zu Ostern 1742 zahlreiche Tote. In Mitleidenschaft gezogen wurden auch Boskowitz, Konitz, Austerlitz und viele andere Gemeinden.

Nach der Eroberung **Prags** durch die Preußen **1744** beschuldigte man die Juden grundlos des Verrats und der Unterstützung des Feindes - ein Topos nicht nur der jüdischen Minderheitengeschichte. Nach der österreichischen Rückeroberung wurde das jüdische Viertel geplündert. Die größtenteils kroatischen und ungarischen Soldaten „zerbrachen die Tore der Judenstadt, Häuser und Höfe und erbeuteten Beute an Gold und Silber und Kleidern und Geräten, sie beraubten Mann und Frau um ihre ganze Habe“. Dem **Pogrom** im November **1744** fielen wahrscheinlich 15 Juden zum Opfer. Mord und

Plünderung fanden auch in Brandeis, Raudnitz, Leipnik und anderen Gemeinden statt.

Aufgrund der gegen die Prager Juden erhobenen Verratsvorwürfe **befahl Kaiserin Maria Theresia im Dezember 1744 ihre Ausweisung. Schließlich ordnete sie auch die Vertreibung aus Böhmen und Mähren an.** Die Juden in Prag und Wien wurden sofort aktiv. Sie sandten Briefe an die großen jüdischen Gemeinden in England, Italien, Dänemark und in das Osmanische Reich. Die Hofjuden des Reiches sowie die großen Frankfurter und Hamburger Gemeinden entfalteten eine rege Tätigkeit zur Verhinderung der Ausweisung. In Wien bemühten sich vor allem Diego d'Aguilar, der bereits 1742 eine Vertreibung aus Mähren verhindert hatte, und Wolf Wertheimer um die Rettung ihrer Glaubensbrüder. Bereits zwei Wochen nach dem Erlass des Vertreibungsdekrets intervenierten verschiedene europäische Fürstenhöfe in Wien. Die Italiener hatten gar die Hilfe des Papstes erwirkt, und der Sultan sandte ein persönliches Schreiben. In der Zwischenzeit war der Krieg mit Preußen zu Ende, und drei Tage nach Abschluss des Friedensvertrages schob Maria Theresia die Vertreibung der Landjuden auf unbestimmte Zeit auf. Prag aber mussten die Juden Ende März **1745** verlassen. Ganz **Böhmen stürzte daraufhin in eine Wirtschaftskrise**, weil die Juden als Käufer und Verkäufer ausfielen. Sogar manche Zünfte, die die Vertreibung befürwortet hatten, wünschten nun ihre **Rückkehr**. Diese erfolgte im Sommer **1748** in die völlig ausgeplünderte Judenstadt. [Lind 2006, S. 371 ff.]

Die Juden in den Ländern der ungarischen Krone

[Lind 2007, S. 377 ff.] [...]

Nach dem **Ende der osmanischen Herrschaft** setzte eine **starke jüdische Zuwanderung nach Ungarn** ein. Zwischen **1735** und **1738** führten die Wiener Behörden eine Zählung der jüdischen Familienoberhäupter Ungarns durch, um die Toleranzsteuer effizienter einheben zu können. Diese „Conscriptio Judaeorum“ - viele Betroffene entzogen sich allerdings der Zählung - erfasste Geburts- und Herkunftsorte, den Wohnort und den Erwerbszweig. Insgesamt wurden 2.531 Familienoberhäupter registriert. Der relativ größte Anteil, 38 Prozent (961 Männer), stammte aus Mähren, 35 Prozent (885 Männer) aus Ungarn, 11 Prozent (277 Männer) aus Polen, 5,2 Prozent (133 Männer) aus anderen österreichischen Territorien, 3 Prozent (77 Männer) aus Böhmen, 1,2 Prozent (31 Familien) aus Deutschland und 6,6 Prozent (167 Familien) aus anderen bzw. unbekanntem Ländern. Fand zwischen 1700 und 1770 die Einwanderung aus dem Westen statt, stieg **nach der ersten polnischen Teilung 1772 der Zustrom von Juden aus Galizien** stark an und erreichte und überschritt seinen Höhepunkt **1825**. Insgesamt wuchs im Zeitraum von 1720 bis 1850 die Zahl der Juden in Ungarn von 12.000 auf 366.000 an.

Die eingewanderten Juden ließen sich vor allem auf dem Gebiet der heutigen **Slowakei**, beispielsweise in **Neutra, Pressburg und Trentschin** [Nitra, Bratislava, Trenčín], nieder. Da ihnen die meisten Städte die Niederlassung verwehrten, siedelten sie **auch auf dem fla-**

chen Land. In manchen slowakischen Orten bildeten Juden einen Großteil der Bevölkerung. In dem kleinen Ort Hunsdorf [Huncovce] stellte die 1650 gegründete Gemeinde im 18. Jahrhundert mehr als 60 Prozent der Einwohnerschaft. Weitere Beispiele waren die 1684 gegründete Gemeinde Neustadt an der Waag [Nové Mesto nad Váhom] mit 57 Prozent, Niedermarkt [Dunajská Streda] mit 50 Prozent und Senitz [Senica] mit mehr als 40 Prozent jüdischen Einwohnern.

Die jüdischen Einwanderer fanden Aufnahme auf den **Gütern ungarischer Adelsfamilien**, darunter die **Pálffy** in Pressburg, die **Zichy** in Óbuda, die **Károly** im Komitat Szatmár und, wie wir bereits für das heutige Burgenland gesehen haben, die **Esterházy** und **Batthyány** im Westen. Die bedeutende jüdische Gemeinde in Pressburg erhielt 1714 ihren Schutzbrief, der die Niederlassung von 50 Familien auf dem Pálffy'schen Schlossgrund gestattete. Diese Zahl wurde jedoch nicht eingehalten, 1736 lebten 123 Familien in der Stadt. Im Jahr 1776 ließen sich Juden auch auf städtischem Grundbesitz in Häusern der so genannten Neustift nieder. Dementsprechend bestanden auf den beiden Seiten der Judengasse unterschiedliche Rechtsverhältnisse. Auf dem Grund der Pálffy konnten **Juden auch als Handwerker** tätig sein, während auf städtischem Boden der Magistrat über den Vorrang der Zünfte wachte. Wie in allen Herrschaften **bot der Adel den Juden Schutz, wofür diese bestimmte wirtschaftliche Aufgaben übernahmen**. Als Beispiel sei hier die Herrschaft Munkács-Szent-Miklós im Komitat Bereg erwähnt, die seit 1730 im Besitz der **Grafen Schönborn** stand. Die Schönborn residierten in Wien und ließen sich auf ihrer Herrschaft durch Verwaltungsbeamte vertreten. Da die fränkischen Pächter, die die Grafen auf ihren Besitz geholt hatten, für diese Aufgabe ungeeignet waren, beschloss Eugen Graf Schönborn **1752**, die herrschaftlichen Pachten jährlich dem Meistbietenden zu überlassen, auch wenn es sich hierbei um Juden handeln sollte. Die **Pachten** bestanden aus dem **Schankrecht, dem Fleischverkauf, dem Getreidemahlen, dem Mautrecht sowie dem Kerzen- und Koscherweinverkauf** und bildeten **ein Drittel des Gewinns** der Herrschaft.

Im Jahr **1744** erklärte Maria Theresia die Juden in Ungarn als nur geduldet und führte die Toleranztaxe ein. Jeder jüdische Untertan unabhängig von Alter, Geschlecht oder Stand musste eine jährliche Gebühr von 2 Gulden bezahlen. Diese Konskription erfolgte teilweise überhaupt nicht, teilweise inkonsequent, und in allen Komitaten, in denen Juden wohnten, wurde auf deren Armut hingewiesen. So erklärte beispielsweise der Obergespan des Komitats Weißenburg, Franz Esterházy, dass die Einhebung der Taxe im Gange, die Juden aber zahlungsunfähig seien.

Im Süden des Landes, im seit Beginn des 12. Jahrhunderts mit Ungarn in Personalunion verbundenen „dreieinigen“ Königreich **Kroatien, Slawonien und Dalmatien**, verbot 1729 Kaiser Karl VI., als Karl III. König von Ungarn, Juden den Aufenthalt. Jüdische Gemeinden konnten sich dort erst im 19. Jahrhundert bilden. [Lind 2006, S. 377 ff.]

Die Josephinischen Toleranzpatente

[Lind 2006, S. 394 ff.]

Das Ziel der Toleranzgesetzgebung Kaiser Josephs II. (1741, reg. 1764-1790) **war die Steigerung des ökonomischen Nutzens der Juden für den Staat.** Im Jahrhundert der Aufklärung und am Vorabend der Französischen Revolution waren auch die geistigen Rahmenbedingungen für deren rechtliche Besserstellung gegeben. Christian Wilhelm von Dohm (1751-1820) publizierte im September 1781 in Berlin seine Schrift „Über die bürgerliche Verbesserung der Juden“, in der er die den Juden vorgeworfenen Fehler als Folge ihrer Diskriminierung erklärte. Dementsprechend forderte er ihre **Gleichstellung sowie gleiche Rechte und Pflichten** für alle. Den Anstoß zu seiner Schrift lieferte ihm **Moses Mendelssohn** (1729-1786), an den sich der Vorsteher der Juden des Elsaß, Herz Cerfberr, mit der Bitte um Hilfe gegen eine antijüdische Hetzkampagne gewandt hatte. Mendelssohn bat nun seinen Freund Dohm, eine Verteidigungsschrift für die Elsässer zu schreiben, aus der die „Bürgerliche Verbesserung“ hervor ging. Am Schluss seines Buches wies Dohm darauf hin, dass er in einer Zeitung gelesen habe, dass den Juden des Habsburgerreiches möglicherweise bald die Gleichberechtigung gewährt werden würde.

Tatsächlich war dort die Debatte bereits in vollem Gang. Ausgelöst wurde sie durch ein **Handbillet** Josephs II. vom Mai **1781**, in dem dieser seine Vorstellungen einer neuen Judenpolitik skizzierte. Das Billet wurde der böhmisch-österreichischen und der ungarischen Hofkanzlei vorgelegt und schließlich auch als **Bekanntmachung** veröffentlicht. Im Sommer 1781 entbrannte zuerst in Prag und dann in Wien die öffentliche Debatte über die Stellung der Juden, in der Befürworter und Gegner der Toleranz ihre Argumente austauschten. Auch Dohms Schrift wurde nach ihrem Erscheinen im September diskutiert. In Wien war man sich über das Tempo, mit dem man vorgehen sollte, uneinig. **Für die Toleranz traten die Hofkammer und die Mehrheit des Staatsrats ein**, ihre **Gegner** fanden sich vor allem in der **böhmisch-österreichischen Hofkanzlei und der Kirche**.

Mit Rücksicht auf die jüden-feindliche Stimmung erklärte der Kaiser in einer Resolution vom 1. Oktober **1781**, dass er nicht die Absicht habe, „die jüdische Nation in den Erblanden mehr auszubreiten oder da, wo sie nicht toleriert ist, neu einzuführen, sondern nur da, wo sie ist, und in der Maß, wie sie als toleriert besteht, dem Staate nützlich zu machen“.

Das erste Toleranzgesetz folgte wenige Wochen später als **Hofdekret** und betraf die **Juden Böhmens**. Es trug den Titel „Verordnung zur besseren Bildung und Aufklärung“, wurde am 19. Oktober **1781** veröffentlicht und diente als Vorbild für das Toleranzpatent für Wien und Niederösterreich. Das Dekret blieb **bis 1797 in Kraft**. Grundsätzlich änderte sich nur wenig am rechtlichen Status der böhmischen Juden. Die Sondersteuern, die Vorschriften zur Eheschließung und die Beschränkung der Familienzahl im Land blieben bestehen. **In der Wirtschaftstätigkeit gab es nun aber fast keine Einschränkungen mehr.** Die deutsche Sprache sollte

innerhalb zweier Jahre im öffentlichen Gebrauch verbreitet sein; es sollten jüdische „Normalschulen“ errichtet werden, in denen der Unterricht auf deutsch zu erfolgen hatte, gegebenenfalls mussten christliche Schulen besucht werden. Im Jahr **1784** wurde die innerjüdische Gerichtsbarkeit aufgehoben, die Juden standen fortan unter der jeweiligen **Ortsgerichtsbarkeit**. Die Prager Juden erzählten sich den Witz, dass Joseph II. Rabbiner Jecheskel Landau zum Gelehrten gemacht habe: Indem er ihm die Gerichtsbarkeit nahm, zwang er ihn, den ganzen Tag zu studieren.

Am 15. Dezember **1781** folgte das **Toleranzpatent für die Juden in Österreichisch-Schlesien**, das restriktiver als das böhmische Hofdekret war. Der gesetzliche Status der Juden änderte sich nicht, doch sie mussten ihre Kinder in christliche Schulen schicken, Gottesdienste durften nur noch privat und nicht mehr öffentlich gefeiert werden, und auch die gewährte Handelsfreiheit war eingeschränkt.

Das **Toleranzpatent für Wien und Niederösterreich** vom 2. Januar **1782**, an dem auch Sonnenfels mitgearbeitet hatte, ließ zur Beruhigung der christlichen Bevölkerung Beschränkungen bestehen, die ursprünglich hätten beseitigt werden sollen. **Das Bürger- und Meisterrecht blieb den Wiener Juden weiter verwehrt, sie durften keine Häuser und Güter besitzen.** Die Toleranz bezog sich ausdrücklich nur auf das Familienoberhaupt und seine unverheirateten Kinder. Nachkommen, die einen eigenen Haushalt gründeten, verloren die Toleranz. Das **Tragen von diskriminierenden Abzeichen und Trachten wurde abgeschafft**, Großhändler und Honoratioren durften einen Degen tragen, ein Privileg, das den Pragern nicht gestattet war. Lokalbesuch, freie Wohnungswahl und das Halten von Diensthofen waren nun gestattet. Das Ausgangsverbot für den Sonntagvormittag, die Bestimmung, sich vor Prozessionen zurückziehen zu müssen, und die demütigende Leibmaut für fremde Juden wurden aufgehoben. Die Juden durften fortan die **Universitäten und Kunstakademien** besuchen und sollten eine **eigene Normalschule** einrichten. Auch in wirtschaftlicher Hinsicht folgten Erleichterungen. Die **freie Wahl des Gewerbe- oder Handelszweiges** wurde eingeführt, die **Gründung von Manufakturen und Fabriken nahegelegt**, und die doppelten Gerichts- und Kanzleigebühren wurden abgeschafft. Die Niederlassung in Niederösterreich, auf dem flachen Land, blieb aber weiter verboten, außer im Falle einer **Fabrikgründung oder der Ausübung eines „nützlichen“ Gewerbes**.

Das **Toleranzpatent für Mähren** folgte am 13. Februar **1782** und hatte letztlich restriktiven Charakter.

Die Vorbereitung des **Toleranzpatentes für Ungarn** nahm längere Zeit in Anspruch, da die ungarische Hofkanzlei zunächst Gutachten der Komitate und anderer Körperschaften einholte. Auch jüdische Gemeinden, darunter die aus der Altstadt von Ofen, St. Georgen und die Siebengemeinden des heutigen Burgenlandes, wandten sich in Petitionen an die Hofkanzlei, in denen sie gegen das geplante Verbot des Bartragens und für die Abschaffung der Leibmaut eintraten. Das Patent wurde schließlich am 31. März **1783** verkündet. Juden durften,

im Gegensatz zu Böhmen und Mähren, **Bauernhöfe pachten** und auch ihre Zahl wurde nicht beschränkt. Viele Juden ließen sich nun in Pest nieder, das Ofen / Buda gegenüber am anderen Donauufer lag. Die Erziehungsvorschriften für Schulen waren sorgfältig ausgearbeitet und verpflichtend. [...] In **Siebenbürgen** war Juden vor der Toleranzgesetzgebung die Niederlassung nur in Karlsburg (bis 1715 Weißenburg, rumänisch Alba Julia, ungarisch Gyulafehérvár) erlaubt, eine Vorschrift, über die sich aber viele hinwegsetzten. Mitte der 1780-er Jahre erfolgte die Aufhebung dieser Beschränkung, und 1787 wurde das ungarische Patent auch auf Siebenbürgen ausgedehnt.

Das letzte der Josephinischen **Toleranzpatente betraf Galizien und die Bukowina** und wurde am 30. September **1789** veröffentlicht. Es gab den Juden einerseits mehr Rechte als in den übrigen Provinzen und hatte vor allem den Zweck, sie **von der Auswanderung in den Westen abzuhalten** - dazu diente unter anderem die Bestimmung, Grund und Boden kaufen zu dürfen, ohne sich taufen lassen zu müssen. Sie konnten auch Stadtbürgerrechte erwerben und erhielten das aktive und passive Wahlrecht. Andererseits wurde die Gemeindeautonomie aufgehoben und auf religiöse Angelegenheiten begrenzt, das Gemeindesystem selbst neu organisiert.

In den italienischen Provinzen der Monarchie wurden vorläufig keine besonderen Toleranzpatente erlassen. In **Mantua**, wo der Großteil der lombardischen Juden lebte, wurde das bestehende Privileg **1780** erneuert und der Kaiser hob nur die Verpflichtung zum Tragen eines roten Kennzeichens auf. Allerdings begnügten sich die Mantuaner Juden nach Veröffentlichung der ersten Patente nicht mit ihrem Privileg und legten Beschwerde ein, da einige Toleranzbestimmungen in der Praxis nicht zur Anwendung kamen. **Görz** und **Triest** erhielten erst **1790** offizielle Toleranzpatente.

Für Hohenems, die Handvoll Tiroler Juden, Vorderösterreich und die Österreichischen Niederlande wurden keine besonderen Toleranzpatente erlassen.

Im Zuge der Toleranzgesetzgebung mussten die Juden nun auch **Familiennamen** annehmen, wie in Europa seit dem 15. Jahrhundert bei den Christen, aber nur bei manchen Juden üblich. Juden hatten bisher nur den Rufnamen geführt, dem der Name des Vaters hinzugefügt wurde. Viele Privilegierte nahmen im 17. Jahrhundert Familiennamen an, indem sie sich nach Orten meist ihrer Herkunft benannten (z.B. Oppenheimer, Wertheimer). Kaiser Joseph II. verfügte nun in einem Patent vom 23. Juli **1787** die **Annahme von Familiennamen für Juden in allen Provinzen**. Diese waren bis 30. November 1787 dem zuständigen Magistrat oder der Grundherrschaft gemeinsam mit einem „Zeugniszedel“, einer Bestätigung des Rabbiners, vorzulegen. Da in Wien kein Rabbiner amtieren durfte, übernahmen hier zwei Mitglieder der Familien Wertheimer und Leidesdorfer die Ausstellung dieser Zeugnis-papiere. Im selben Patent ordnete der Kaiser auch die Führung der **Matrikenbücher in deutscher Sprache** per 1. Januar **1788** an. [Lind 2006, S. 394 ff.]

Die Juden der habsburgischen Länder im Vormärz [Lind 2006, S. 421]

Die Wiener Judenschaft

Von Kaiser Joseph II. zu Kaiser Franz I.

Nach dem Tod von Kaiser Joseph II. gestaltete sich die habsburgische Judenpolitik wieder restriktiver.

Im März 1790 verlangte der Wiener Magistrat die Rückkehr zur Judenordnung von 1764. Die Niederösterreichische Regierung verschärfte aber lediglich die Vorschriften und erhöhte die Toleranzgebühr. Die Wiener Tolerierten setzten zudem durch - angeblich mit Hilfe des Fürsten Karl von Liechtenstein -, dass die neuen Bestimmungen nicht öffentlich bekannt gemacht wurden, um nicht den Eindruck zu erwecken, hinter das Toleranzpatent zurückzufallen.

In dieser Phase der Neuausrichtung der Judenpolitik wurde 1792 ein eigenes **Judenamt** eingerichtet, das zunächst der Niederösterreichischen Regierung unterstand. Im Jahr 1797 erfolgte seine Zuordnung zur Polizeidirektion. Es sollte bis 1848 bestehen bleiben.

Die Herrschaft Josephs II. hatte das **Selbstbewusstsein der Wiener Juden** erheblich gesteigert. Dementsprechend richteten sie im Februar 1792 ein Memorandum mit einer Reihe von Wünschen an die Niederösterreichische Regierung. Sie verlangten die rechtzeitige Verständigung bezüglich sie betreffender Verordnungen, das **Recht, Staatsgüter und Immobilien zu erwerben sowie auf dem Land zu leben und arbeiten**. Weitere Forderungen waren die **Zulassung zu öffentlichen Ämtern**, die Änderung der Aufschrift „Für Juden, Sesseltträger und Fiaker“ beim Judenamt und die Weglassung der vorgeschriebenen Adressierung „an den Juden N. N.“ im amtlichen Schriftverkehr. Dieser Katalog erreichte Kaiser Leopold II. (1747, reg. 1790-1792) nicht mehr, er starb am 1. März 1792. Sein Nachfolger **Kaiser Franz II.** (1768, reg. 1792-1835) **schränkte die Rechte der Juden wieder ein**. [Lind 2006, S. 421]

Auch die Berufsstruktur der Wiener Juden

[Lind 2006, S. 425 f.]

war einseitig auf den **Handel** ausgerichtet, was Josef Wertheimer mit seinem „Verein zur Förderung der Handwerke unter den Israeliten“ zu ändern versuchte. Er stieß bei den christlich und zünftig eingestellten Meistern auf einige Widerstände, und der Großteil der Wiener Juden blieb weiter im Handel tätig. [...]

Großkaufleute und Industrielle

Die Nachkriegszeit nach dem **Wiener Kongress** (1814-1815) verlangte die Gesundung und **Konsolidierung der Staatsfinanzen**, und der Aufbruch in das Industriezeitalter erforderte viel **Investitionskapital**. Diesen Finanzbedarf deckten vielfach **jüdische Bankiers, Großkaufleute und Fabrikanten** - diese Tätigkeitsbereiche waren noch nicht scharf abgegrenzt. Die erforderliche Zusammenarbeit über die Staatsgrenzen hinweg wurde durch die weitreichenden familiären Beziehungen erleichtert. Das Haus **Rothschild** etwa verfügte neben dem Frankfurter Stammhaus über Niederlassungen in London, Wien, Neapel und Paris. Zum sprichwörtlichen

Reichtum der Rothschilds gelangten aber nur wenige. Der **Eisenbahnbau** schien eine vernünftige Investitionsmöglichkeit in die Zukunft, und folgerichtig finanzierte Salomon Rothschild die **Kaiser-Ferdinand-Nordbahn** von Wien zum Salzbergwerk Bochnia in Galizien, mit deren Bau 1837 begonnen wurde. Ein Mitbegründer und späterer Direktor der Nordbahn war Heinrich von Sichrovsky (1794-1866), der das englische Eisenbahnsystem auf einer Weltreise kennengelernt hatte. Das Haus Arnstein und Eskeles finanzierte die Verbindung von Mailand nach Venedig.

Salomon Rothschild (1774-1855), der Begründer des Wiener Zweiges der Familie, war 1821 nach Wien gekommen. Da er als Jude kein Haus kaufen durfte, quartierte er sich im exklusiven Hotel „Zum Römischen Kaiser“ in der Renngasse ein. Mit der Zeit wurde er der einzige Gast, der alle Zimmer mietete. In den nächsten zwanzig Jahren stieg er zum bedeutendsten Bankier Wiens auf.

Weitere wichtige Wiener jüdische Wirtschaftstreibende waren der 1829 von Frankfurt zugezogene **Baron Jonas von Königswarter** (1807-1871), der 1868 Präsident der Wiener Kultusgemeinde wurde, oder der aus Pressburg stammende Hermann Todesco. **Hermann von Todesco** (1791-1844) unternahm weite Reisen ins Ausland, um neue Industrien und Produktionsmethoden kennen zu lernen und nach Österreich zu bringen. In Marienthal errichtete er eine **Maschinenbaumwollspinnerei**. Er beteiligte sich an der Finanzierung der Eisenbahnstrecke Wien-Gloggnitz und wurde deren Direktor. Im Jahr 1835 erwarb er das Staatsgut Legnaro bei Padua und legte dort neue Pflanzungen von Maulbeerbäumen zur **Seidenverspinnung** an. Er war sozial engagiert, entließ in wirtschaftlich schwierigen Zeiten seine Arbeiter nicht und errichtete Wohlfahrtsanstalten in Wien, Pressburg und Baden. Im Jahr 1844 wurde er in das Vertreterkollegium der Wiener Judenschaft berufen, starb jedoch im selben Jahr.

Die Anpassung dieser Männer an die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse und Produktionsformen beförderte maßgeblich den österreichischen Aufholprozess an das europäische Niveau. **Bernhard von Eskeles** war 1809 an der Gründung der **Wiener Sparkassa** und 1816, wie auch das allerdings noch nicht in Wien ansässige Bankhaus **Rothschild**, an der Gründung der **Nationalbank** beteiligt. Ignaz Ritter von Liebenberg (gest. 1844) betätigte sich in der **Schafwoll-**, Isaak Hofmann von Hofmannsthal in der **Seiden-** und Heinrich Wilhelm Edler von Wertheimstein (1799-1859) in der **Zucker- und Schokoladeindustrie**. Letzterer errichtete die erste durch Dampf betriebene Schokoladefabrik Österreichs in der damals noch selbständigen Wiener Vorortgemeinde St. Veit. Auch in den Vororten Penzing, Währing, Hernals, Sechshaus und Fünfhaus siedelten sich viele Gewerbebetriebe und kleine Fabriken an. Die Hohenemser Brüder Philipp und Josef Rosenthal errichteten in den 1840-er Jahren eine Zweigstelle ihrer **Textilfabrik** in Wien und waren mit dem Wiener **Seidenfabrikanten** Salomon Trebitsch befreundet. Trebitsch begann Ende der 1830-er Jahre als kleiner Seidenhändler und stieg in den folgenden Jahrzehnten zu einem der

größten Seidenzeugfabrikanten der Monarchie auf. [Lind 2006, S. 425 f.]

Ungarn und Burgenland

[Lind 2006, S. 433 f.]

Anfang **1790** tagten die ungarischen Juden in Pest. Sie beschlossen, einen Ausschuss einzusetzen, der sich mit den französischen Juden in Verbindung setzen sollte, um sich über die durch die **Revolution in Frankreich** erlangten **Menschen- und Bürgerrechte** und deren Auswirkungen auf die Juden zu informieren. Der erste Versuch von ungarischer nicht-jüdischer Seite, die Juden zu emanzipieren, stammt aus demselben Jahr 1790, gelangte aber nicht an den Landtag. Federführend bei den Überlegungen zur völligen Gleichstellung nach amerikanischem Vorbild war Josef Hajnóczy (1750-1795), der wenige Jahre später als „Jakobiner“ in Ofen hingerichtet wurde. Auf dem Landtag von **1792** verlangten schließlich die Juden selbst die rechtliche Gleichstellung, allerdings vergeblich. Weitere Versuche in diese Richtung scheiterten **1807** und **1825 bis 1827**.

Die wirtschaftliche Situation der ungarischen Juden verbesserte sich grundlegend durch die Agrarkonjunktur, die die Napoleonischen Kriege ausgelöst hatten. Durch ihre internationalen Handelskontakte waren sie in der Lage, diese wirtschaftliche Chance zu nutzen und zu Wohlstand zu gelangen. Die ungarischen Juden wurden zu einem **Partner des reformorientierten ungarischen Adels**, der im Vormärz politischen und ökonomischen Liberalismus anstrebte. Der Adel bot den Juden die Integration in eine neue Mittelklasse an, in der sie zusammen mit liberalen Adeligen und Bürgern an der Modernisierung des Landes arbeiten sollten. Durch den **Rückzug der Griechen und Serben aus der von diesen traditionell getragenen Handelsfunktion** konnten Juden auch diese übernehmen und waren im Gegensatz zu den noch im Zunftdenken verhafteten deutschen Stadtbürgern Ungarns auch in der Lage, **ausländisches Kapital** ins Land zu bringen. Bei der Landtagsversammlung **1839/40** brachte die liberale Opposition schließlich den Gleichstellungsvorschlag ein, der in der Deputiertentafel auch eine Mehrheit erlangte, in der Magnatentafel aber scheiterte. Deren konservativer Wortführer befürwortete die Gleichstellung zwar prinzipiell, wollte aber verhindern, dass sie zu einer „Überschwemmung“ des Landes durch Juden führe. Schließlich gewährte der Landtag die **Niederlassungsfreiheit** mit Ausnahme der oberungarischen Bergbaustädte. Damit setzte eine **Wanderbewegung** von den Grenzkomitaten in das Landesinnere ein. Hatten bisher 80 Prozent der ungarischen Juden in Dörfern oder kleinen Landstädten gelebt, so wurden nun vor allem die Städte ein Anziehungspunkt. In den 1840-er Jahren ließen sich zwar immer mehr Juden taufen, die Zahl der Übertritte war aber weit geringer als in Wien oder Berlin, die jüdische Bevölkerung blieb mehrheitlich orthodox. In den Städten setzte die Magyarisierung ein. Den Befürwortern der Emanzipation hielt das streng orthodoxe Pressburger Rabbinat in den 1840-er Jahren entgegen, dass nicht ein bürgerlicher Staat, sondern nur Erez Israel (Land Israel) die messianische Heimat der Juden sein könne. In den Jahren 1843 und 1847 wandte sich die

Pressburger Gemeinde ausdrücklich gegen die Emanzipation, da diese die jüdische Religion schädlich beeinflusse. Die **Gleichberechtigung** kam schließlich **1849** doch zustande, nachdem **viele Juden gegen Habsburg für die ungarische Revolution** gekämpft hatten.

Die westungarischen Gemeinden des heutigen **Burgenlandes** dürften ebenfalls von der Agrarkonjunktur in Ungarn profitiert haben. Es etablierten sich einige wohlhabende Händler, der Großteil der Juden lebte aber wohl nach wie vor vom **Hausierhandel**, ein Erwerbszweig, der durch kriegerische Ereignisse, wie **1809**, als die Franzosen im Land standen, schwer beeinträchtigt wurde, da es zu gefährlich war, „über Land zu gehen“. Weitere wirtschaftliche Rückschläge ergaben sich in Mattersdorf durch die **Choleraepidemie von 1830/32** und das Feuer von 1837. [...] [Lind 2006, S. 433 f.]

Böhmen und Mähren

[Lind 2006, S. 441 f.]

Im Jahr **1797** wurde für die böhmischen Länder das **Systempatent** erlassen, das bis **1848** in Kraft blieb. Es brachte **keine Verbesserung der bürgerlichen Rechte**, ließ alle Restriktionen fortbestehen und griff massiv in innerjüdische Angelegenheiten ein. Die Macht der Rabbiner wurde beschränkt und Einfluss auf die Besetzung religiöser Ämter genommen. Die Zulassung zum Talmudstudium war von einer Prüfung in deutscher Sprache abhängig. Einige dieser Neuerungen gingen auf Vorschläge von Herz Homberg zurück. Der Beginn des 19. Jahrhunderts sah den **Aufstieg kapitalkräftiger jüdischer Industrieller** und die Etablierung eines Bildungsbürgertums mit säkularem Wissen. Damit einher ging ein Autoritätsverlust der traditionellen Gelehrten. [...]

Zwischen 1816 und 1848 stieg die Zahl der Juden in Böhmen und Mähren von 70.000 auf 108.000 Personen an. In dieser Zeit versuchten viele Angehörige der jüdischen Eliten, den Ghettos in Prag und auch auf dem Land zu entkommen. Sie ließen sich vielfach in christlichen Vierteln nieder, obwohl dies bis 1849 verboten blieb. Bis 1850 zog dieses Vorgehen eine Fülle von Beschwerden der Christen nach sich.

In Böhmen und Mähren entwickelte sich die bereits um **1800** gut ausgebildete **Textilproduktion** weiter und nahm enorm zu. Bis **1850** entstanden **viele kleine und große Neugründungen**, die schließlich **Zehntausende Arbeiter** beschäftigten. Zur Entwicklung der Textilindustrie trugen **vor allem jüdische Unternehmer** bei. Spannungen mit ihren Arbeitern entluden sich **1844** in **anti-jüdischen Unruhen**. Im Juni und Juli kam es in Prag zu schweren Ausschreitungen, ausgehend von den Kattundruckerei-Werken in Smichov, die sich im Besitz der jüdischen Familie Porges von Portheim befanden. Wegen der Einführung neuer Maschinen war der Lohn gesenkt worden, und es wurden weniger Arbeitskräfte benötigt. Da sich die Werksleitung weigerte, mit den Arbeitern zu verhandeln, begannen diese, die Maschinen zu zerstören. Innerhalb weniger Stunden schlossen sich ihnen die Kattundrucker aller anderen Prager Fabriken an. Am 21. Juni 1844 versuchte eine Menschenmenge, das jüdische Viertel anzugreifen, Marktstände

wurden umgeworfen, Läden beschädigt, einzelne Juden attackiert. Wenige Tage später wiederholten sich die Vorkommnisse, Polizei und Militär stellten die Ruhe aber schnell wieder her. Viele Juden erwogen nach diesen Ereignissen die **Auswanderung**. Ab den 1830-er Jahren tauchte ein weiteres Konfliktfeld auf. Seit dem 18. Jahrhundert hatten die Juden weitgehend die deutsche Sprache angenommen, was nun, mit dem Aufkommen der **tschechischen Nationalbewegung**, zu Auseinandersetzungen führte. Ein Reihe jüdischer Intellektueller unternahm zunächst den Versuch, sich den Nationalisten anzunähern, darunter Moritz Hartmann, später Redakteur der „Neuen Freien Presse“ in Wien, die Schriftsteller Siegfried Kapper und Leopold Kompert sowie der Publizist David Kuh (1818-1879). Diese Versuche einer Annäherung wurden aber zurückgewiesen. [...] Die Ausschreitungen von 1844 und mehr noch jene während der Revolution von 1848, die auf ganz Böhmen übergriffen, stärkten die **Verbundenheit der Juden mit der deutschen Kultur in den böhmischen Ländern**. [Lind 2006, S. 441 f.]

Auftakt zur Revolution 1848

[Lind 2006, S. 445]

Seit dem Tod **Kaiser Franz I. 1835** und der Thronbesteigung **Kaiser Ferdinands I.** stagnierte in Österreich die Politik, die Zensur wurde verschärft, die nationalen Bewegungen wurden radikaler, Regierungsanleihen entwerteten das Geld. Es kam zu **Hungerrevolten, Arbeiterunruhen und Robotverweigerungen**.

Die Zensur machte vor allem den Schriftstellern das Leben schwer. Die christlichen Autoren stammten größtenteils aus dem Beamtenstand, wo sie sich einem starren Reglement und einer strengen Dienstaufsicht gegenüber sahen. Von ihrem Einkommen konnten nur wenige leben, da die **Wirtschaftskrise der 1840-er Jahre das Geld entwertet** hatte. Trotz ihres hohen Sozialprestiges wurden sie weder von der Adelsgesellschaft noch von den Wirtschaftseliten akzeptiert. Sie bildeten eine Art **Beamtenproletariat** und den Kern der **kritischen Intellektuellen**, die die sozialen, kulturellen und politischen Forderungen und Erwartungen des Bürgertums formulierten.

Im Gegensatz dazu war den **Wiener Juden eine Beamtenkarriere unmöglich** und auch die Ausübung des **Anwaltsberufs** war erschwert. Bessere Berufsmöglichkeiten hatten sie als **Ärzte**. Da auch das Lehramt an Universitäten nicht erreichbar war, blieb für jüdische Universitätsabsolventen nur die freie wissenschaftliche oder literarische Betätigung. Leben konnten sie davon nicht, und so bildete meist das Dasein als **Hauslehrer** die wirtschaftliche Existenzgrundlage. Diese Schicht strebte aufgrund ihrer Lebensbedingungen eine Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse an und war auch für radikales und revolutionäres Gedankengut offen. Die christlichen und jüdischen Intellektuellen stellten 1848 die Abgeordneten in den Landtagen, im Reichstag und in der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt. Metternich bestätigte ihre führende Rolle in der Revolution, wenn er schrieb, „dass unser in all seinen Grundlagen feststehendes Reich [...] von einem ehlenden Studenten- und Professorenpack mit Zugabe ei-

niger bedeutungsloser Utopisten und Ideologen platzte“. Angesichts der Zensur verließen viele jüdische und nichtjüdische Schriftsteller bereits in den 1830er Jahren Österreich und gingen nach Deutschland. [Lind 2006, S. 445]

Berufe und Ökonomie

[Lind 2006, S. 478]

In manchen Kronländern klappte die Berufsstruktur zwischen jüdischer und nicht-jüdischer Bevölkerung weit auseinander. Dies war eine Folge der Jahrhunderte andauernden Diskriminierung und der erzwungenen **Konzentration der jüdischen Bevölkerung auf Handelsberufe**. Die jüdischen Händler und Zwischenhändler hatten zwar für das Funktionieren der Ökonomie eine wichtige Rolle inne, bei der von ständischem Schutzdenken geprägten christlichen Bevölkerung war sie aber wenig anerkannt. **Antisemitische Ideologen** griffen die traditionelle Vorstellung von den amoralisch Handel treibenden Juden auf. Nach diesem Denkmuster bereicherte sich die jüdische Händlerschaft ohne jegliche körperliche Anstrengung auf Kosten der nichtjüdischen Erwerbstätigen auf unmoralische Art und Weise. „Wucher“ und „unlauterer Wettbewerb“ waren die Schlagwörter, die der jüdischen Händlerschaft von antisemitischer Seite entgegengehalten wurden. Dass eine Gesellschaft ohne Handel nicht vorstellbar war, spielte dabei keine Rolle. [...]

Mit dem **Wegfall diskriminierender Bestimmungen** und aufgrund der **neuen Gewerbeordnung von 1859**, die mit der Bindung zahlreicher Gewerbezulassungen an das christliche Glaubensbekenntnis aufräumte, konnte die Diversifizierung der Berufsstruktur der jüdischen Bevölkerung beginnen. Marsha L. Rozenblit beschrieb in ihrer sozialhistorischen Studie als markantestes Merkmal der Veränderung der Berufsstruktur der Wiener jüdischen Bevölkerung den Wandel vom Kaufmanns- zum Handelsangestelltenberuf. [...]

Berufe und Ökonomie

[Lind 2006, S. 483]

Allgemein wird die Epoche **nach 1848 als Aufschwungphase für die jüdische Bevölkerung** Österreich-Ungarns bezeichnet, der Neoabsolutismus sogar als „**jüdisches Wirtschaftswunder**“, das erst mit dem **Börsenkrach 1873** einen Rückschlag erfuhr. Die Rücknahme von diskriminierenden Beschränkungen setzte Energien frei, die zunächst in der ökonomischen Partizipation wahrgenommen wurden. Es gab zwar nicht mehr das Hofjudentum Wiens, doch etliche jüdische Familien spielten in der franzisko-josephinischen Zeit weiterhin eine wichtige Rolle im **Bankiergeschäft** und als Gründerinnen von **Industrieunternehmen**. Die Wiener Ringstraße wurde zur ersten Adresse des jüdischen Großbürgertums und Adels - etwa für die Familien Lieben, Todesco, Epstein, Königswarter, Gomperz oder Wertheim. Das jüdische Bürgertum orientierte sich am Lebensstil des nichtjüdischen Bürgertums und dessen Imitation des Adels. Die Erhebung zahlreicher jüdischer Unternehmer und Wohltäter in den **Adelsstand** wird als Zeichen der Integration der jüdischen Bevölkerung auf höchster gesellschaftlicher Ebene interpretiert.

[...] Angesichts der bedeutenden Rolle als Finanziers, ihrer wichtigen Stellung in manchen Sparten der Wirtschaft, der **Textil-** und **Bekleidungsindustrie**, der **Erdölförderung** in Galizien, bei Gründungen von **Warenhäusern** - etwa Herzmansky und Gerngross in Wien und Kastner & Öhler in Graz - diskutierte die zeitgenössische Literatur darüber, worauf dies zurückzuführen sei. Ein wichtiger Faktor lag sicher in der sozialen

Struktur und der Konzentration im Handel, die Firmengründungen der jüdischen Bevölkerung im Bereich der **industriellen und seriellen Produktionsformen** begünstigten. Der Bewährungsdruck von außen und der Zwang, sich mehr als die anderen beweisen zu müssen, waren weitere Faktoren, die jüdische Wirtschaftstreibende zu **außergewöhnlichen Anstrengungen** motivierten. [Lind 2006, S. 478, 483]

Siehe unter anderem auch:

- PK 2008-4 SG, Die Gründung der Firma S. Reich a spol. 1813 - 1934
Glashütte von Isaak Reich in Stará huť, Herrschaft Buchlovice / Buchlov ...**
- PK 2008-4 SG, Glasmanufakturen und -fabriken der Firma S. Reich a spol.**
- PK 2008-4 SG, Die Familie Reich als Glasunternehmer - Stammbaum**
- PK 2008-4 SG, Aufbau der Glasfabrik Krásno 1854/1855**
- PK 2008-4 SG, Das „Walachische Königreich“ - „Valašské Království“**
- PK 2008-4 SG, Anmerkungen zum Abdruck der Chronik der Glasfabrik Krásno
(Kronika Krásenských skláren)**
- PK 2008-4 Valoušková, Kronika krásenských skláren [Chronik der Glasfabrik Krásno] Inhalt**